

„Tagblattabend“.
Schiller-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Genus:

„Tagblattband“ Nr. 6650-52.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Festzugs-Werte für beide Ausgaben: 75 Bfg. monatlich, SW 225 vierteljährlich durch den Verlag
Sonderheft 2, ohne Eingangslohn SW 230 vierteljährlich durch alle deutschen Verlagsstellen, anstandslos
Lieferung! — **Festzugs-Verordnungen** nehmen außerdem einzuweisen, in welchen die Preisänderung
1927, sowie die Ausgaben in allen Teilen der Stadt, in der Stadt, die höchsten Aus-
gabenstellen und in den benachbarten Gemeinden und im Rheinland die betreffenden Tagblatt-Krä-
der.

Einzelnen Preis für die Seite: 15 Pfg. für druckbare Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Reimer Anzeiger“ in reindeutscher Sprache; 30 Pfg. in davon stehendeber Sprachen, sowie für alle übrigen druckbaren Anzeigen; 50 Pfg. für alle ausserdruckbaren Anzeigen; 1 Pfg. für druckbare Briefmarken; 2 Pfg. für ausserdruckbare Briefmarken. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseits Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeiträumen entsprechender Nachlass.

Wingegew. Annahme: Nur die Wbenb.-Kl. von 1820

Berliner Abtheilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernruf.: Amt Pönom 6202 u. 6203.

Für die Aufnahme von Eingriffen an vorgeschriebenen Tagen und Wochentagen wird keine Gewähr übernommen.

1916.

W. T.-B. Paris, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Antlicher Bericht vom Samstagabend. Nordwestlich von Rege hat unsere Artillerie feindliche Versperrungsdepots beschossen, wemehrere Brände ausbrachen. Rüdlich von Seissons wurden zwei starke deutsche Erkundungsabteilungen durch unsere Feuer zerstreut. In der Champagne hat uns ein Handstreich gestiftet, nordwestlich von Bille zur Tourbe in die feindlichen Linien einzudringen und einen deutschen Schützengraben zu säubern, wobei die ganze Besatzung niedergemacht oder gefangen genommen wurde. Auf dem linken Ufer der Maas haben die Deutschen heute nachmittag nach einer äußerst heftigen Artillerievorbereitung einen groß angelegten Angriff auf die ganze Gegend des „Toten Mannes“ unternommen. In dem Abschnitt östlich des „Toten Mannes“ wurde der Feind, der einen Augenblick in unsere ersten Linien eindrungen war, durch einen lebhaften Gegenangriff unserer Truppen daraus vertrieben, wobei er schwere Verluste erlitt. In dem Abschnitt westlich des „Toten Mannes“ und an den Nordhängen desselben gelang es den Deutschen nach einer Reihe von vergeblichen Stürmen, die ihnen dank unserem Sperrfeuer und dank unserer Gegenwehr nördliche Verluste kosteten, einzelne Stüde unserer vorgeschoenen Grabens zu besetzen. Feindliche Abteilungen, die bis zu unseren zweiten Linien durchgedrungen waren, wurden durch unser Geschützfeuer festig beschossen und stuteten in Unordnung unter Zurück-

lassung von zahlreichen Toten zurück. Die Tätigkeit der Artillerie war im Lauf des Tages in der Gegend von Verdun und der Höhe 304 groß. Auf dem rechten Maasufer und in der Boivre zeitweise unterbrochenes Geschützfeuer. — Flugwesen: Ein unserer Geschützautomobile hat ein deutsches Flugzeug in der Gegend von Verdun abgeschossen.

Die kritische Lage des Kabinetts Briand.

W. T.-B. Bern, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Im „Comité Enchaîné“ wird eine Schilderung des Wiederaufbaues der Kammer gegeben, der folgendes entnommen sei: „Briand machte gestern eine schlimme Viertelstunde durch. Er fühlte Todeswind um seine Regierung wehen. Einmal entging er ihm noch, denn es gab weder eine Abstimmung noch eigentlich eine Erörterung, aber der Verlauf der Sitzung war bedeutsam. Die Tage des Ministeriums sind gezählt. Es lag etwas wie Sprengstoff in der Luft. Briand sah auf der Regierungsbank, flankiert von seinen Getreuen, Malby und Dalimier, links auf der Greifenbank Ribot und Méline. Man fühlte allgemein die Entkräftung. Ribot ließ mit bebender Stimme aus einem Papier vor, das in seinen Händen zitterte.“ Zum Schluss stellt das Blatt fest, daß Briand in der Zensurdebatte seine Rede unter eisigen Schweigen der Kammer hielt, von keinen Beifallsäußerungen ermuntert; nur Méline drückte ihm die Hand. Das war alles. Der Ministerpräsident werde aus dieser Sitzung die Lehren ziehen, die sie ihm erteilt habe.

Der Krieg gegen England.

Der englische Flaggenbetrug bei der Bekämpfung unserer U-Boote.

W. T.-B. Berlin, 21. Mai. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 25. April brachte die Nachricht, daß der holländische Dampfer „Soeralarta“ auf der Fahrt zwischen Irland und den Shetlandinseln Augenzeuge der Vernichtung eines deutschen Tauchbootes durch einen englischen Fischdampfer gewesen sei.

Die hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wurde der holländische Dampfer „Soeralarta“ am 15. April abends westlich Irland von einem deutschen Tauchboot durch Flaggenbetrug angehalten. In seiner Nähe befand sich ein anderer Dampfer unter schwedischer Flagge, der von dem Tauchboot durch ein gleiches Signal geholt wurde und als daraufhin nichts erfolgte, durch einen Schuß vor den Bug zum Stoppen gezwungen werden sollte. Im Augenblick des Schusses eröffnete der unter schwedischer Flagge fahrende Dampfer aus einem beim Schornstein aufgestellten Geschütz Schnellfeuer auf das deutsche Tauchboot. Obwohl dieses sich durch sofortiges Tauchen zu schützen suchte, wurde es doch durch einen Streichschuß getroffen. Die hierdurch verursachte Beschädigung war indessen nur gering, so daß die Manövrierfähigkeit des Bootes in keiner Weise beeinträchtigt wurde und das Boot seine Unternehmung fortsetzen konnte. Der Dampfer hat, auch während er feuerte, die schwedische Flagge weiter geführt und sie, solange er von dem Boot aus beobachtet werden konnte, nicht niedergeholt. Von dem untergetauchten Boot wurden nach einiger Zeit zwei starke Explosionen gehört, als deren Ursache Bomben angenommen werden mußten, welche mutmaßlich von dem Dampfer mit der schwedischen Flagge an der Tauchstelle des Tauchbootes abgeworfen worden waren. Dasselbe Tauchboot hatte vier Tage darauf an dem Westeingang zum englischen Kanal ein zweites, dem vorstehenden sehr ähnliches Erlebnis. Im zweiten Falle handelte es sich um einen etwa 3000 Tonnen großen Dampfer ohne Flagge und Abzeichen, gegen den nach dem vergeblichen Signal, zu stoppen, gleichfalls ohne Erfolg von dem Tauchboot Warnungsschüsse abgegeben wurden. Auf eine Entfernung von ungefähr 4000 Metern begann der Dampfer inoffiziell, Rettungsboote, offenbar aus Eile, herabzulassen, um gleich darauf die englische Handelsflagge zu setzen und aus dem Gedränge Feuer auf das Tauchboot zu eröffnen. Auch in diesem Falle gelang es dem Tauchboot, sich durch schnelles Tauchen vor dem feindlichen Feuer zu schützen. Das Tauchboot ist wohlbehalten in die Heimat zurückgekehrt.

Die Einwirkung des englischen Vorgehens in Irland auf die Stimmung in der Union.

W. T.-B. Washington, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Senator Borah, republikanisches Mitglied des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, teilte im Senat das Verfahren, das England den irischen Aufständischen gegenüber angewandt hat. Er sagte, das Vorgehen in Dublin stände im Widerspruch zu den fundamentalen Grundsätzen der freiheitlichen Einrichtungen Englands. Es habe im Gegensatz zur Staatsklugheit geklungen und sei gegen die ersten Vorurteile des Christentums und der Zivilisation gewesen. „So weit ich es zu beurteilen vermag, wird dieses Vorgehen mehr dazu beitragen, den guten Namen Englands herabzusetzen, als das Unglück und Mißgeschick bei den Dardanellen oder bei Ant-el-Amara.“

Der Krieg gegen Rußland.

Englische Hoffnungen zu den Beruhigungserklärungen zur Mandschurei.

W. T.-B. London, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Der „Daily Telegraph“ meldet, die englisch-französischen Vorschläge, denen Rußland zugestimmt habe, daß die Befestigungen auf den Mandschurei-Inseln nach dem Kriege geschleift werden würden, hätten die Befürchtungen, die man in Schweden gehabt habe, aus dem Wege geräumt. Die unmittelbare Folge würde die Aufhebung der Einschränkungen bei der Ausfuhr schwedischer Papiermasse sein.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Weitere Gewalt gegen Griechenland.

W. T.-B. Athen, 18. Mai. (Nichtamtlich.) Vom Vertreter des B. T.-B. Verspätet eingetroffen.) Aus Saloniki wird gemeldet: Die französischen Militärbehörden haben vom Kommandeur des griechischen Regiments, welches den Abschnitt von Parcia besetzt hält, dessen sofortige Räumung verlangt. Der griechische Offizier weigerte sich jedoch, da er von seinen Vorgesetzten keinen Befehl erhalten habe.

Ein griechischer Kohlendampfer von einem österreichisch-ungarischen U-Boot versenkt.

W. T.-B. Toulon, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Drahtbericht.) Jovos meldet: Ein griechischer Kohlendampfer ist am 18. Mai von einem österreichisch-ungarischen U-Boot versenkt worden. Der Kommandant ließ den Dampfer halten und schickte einen

Mann an Bord, der ihn in die Luft sprengte, nachdem die Besatzung in die Boote gegangen war. 27 Mann wurden von einem Torpedoboot aufgenommen und nach Toulon verbracht.

Der Krieg der Türkei.

Das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Gesandten in Persien.

W. T.-B. Wien, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Die „Südasiatische Korrespondenz“ meldet aus Konstantinopel: Zu dem auf den österreichisch-ungarischen Gesandten Grafen Bogothetti am 10. Mai verübten Revolverattentat wird folgendes mitgeteilt: Der Täter ist ein Kaufmann namens Diemil-Bei, der vor drei Jahren wegen Verwicklung in der Angelegenheit der Ermordung Mahmud Schefket-Paschas aus der Türkei ausgewiesen wurde und seit einiger Zeit in russischen Diensten stand. Als Diemil das Attentat verübte, trug er eine russische Kosakenuniform. Ein persischer Soldat, der ihn auf der Straße verhaftete, wurde sogleich von einem russischen Instruktionsunteroffizier streng bestraft. Die persische Regierung hat eine scharfe Untersuchung wegen des Attentats auf den Gesandten eingeleitet. Der Gesandte Bogothetti befindet sich bereits seit einiger Zeit in der spanischen Gesandtschaft in Teheran.

Die Abreise der türkischen Kammervertreter nach Deutschland.

W. T.-B. Konstantinopel, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Drahtbericht.) Unter Führung des Vizepräsidenten der Kammer Sufin Dschavid-Bei sind 6 türkische Abgeordnete, darunter der Präsident des Ausschusses für die nationale Verteidigung Nedim-Bei, mit dem Balkanzug nach Deutschland abgereist, um den Besuch der deutschen Abgeordneten zu erwidern. Bei der Abreise waren der deutsche Botschaftsrat Freiherr v. Neurath, der türkische Minister des Innern Talat-Bei, der Kammerpräsident Gadschi Adil und andere anwesend.

Die Neutralen.

Ein nordamerikanischer Schritt für einen Schiedsgerichtshof?

W. T.-B. Washington, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Durch Funkpruch von dem Vertreter des B. T.-B.) Der Marineauschuss des Repräsentantenhauses hat einstimmig eine Resolution des Abgeordneten Hensley angenommen, den Präsidenten zu ermächtigen, bei Abschluß des europäischen Krieges die Staaten des Erdballs zu einer Konferenz einzuladen, um einen Schiedsgerichtshof oder eine andere Körperschaft zur Beilegung aller Streitigkeiten unter den Nationen zu bilden, und zu diesem Zweck 200 000 Dollar zu bewilligen.

Die Friedenspropaganda in der Union.

W. T.-B. London, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Drahtbericht.) Die „Morningpost“ meldet aus Washington vom 18. Mai: Obwohl dementiert wird, daß Präsident Wilson irgend einen Schritt in der Richtung auf den Frieden tun wolle, wird doch von einer eingeweihten Persönlichkeit berichtet, daß Wilson auf die Friedensanregung eingehen wolle und so weit in die Zukunft zu sehen sucht, um sich zu vergewissern, ob ein Angebot zur Vermittlung oder von guten Diensten oder wie man es nennen wolle, sympathisch aufgenommen würde. Der Friedensbund, dessen Präsident Taft ist, dessen Ziel übrigens nicht ist, diesem Krieg ein Ende zu machen, sondern künftige Kriege zu vermeiden, wird bald in Washington eine Versammlung abhalten, bei der Wilson sprechen wird. Wilson wird sich vermutlich auf Allgemeinheiten beschränken, aber man erwartet, daß die Versammlung und Wilsons Rede die Friedenspropaganda stärken werden, die in Amerika jetzt vielleicht stärker ist als zuvor. Innerpolitische Fragen spielen hier hinein. Der Präsident wird erdummunglos bestreuen, seine wirkliche Neutralität dadurch zu beweisen, daß er England gegenüber dieselbe Festigkeit zeigt wie gegen Deutschland und daß er den britischen Eingriffen in den neutralen Handel alsbald ein Ende macht. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß das einflussreichste Blatt in den Vereinigten Staaten, „Springfields Republican“, das bisher energisch für die Alliierten und ebenso für den Präsidenten eintrat, jetzt erklärt, daß nur die Herstellung des Friedens Konflikte mit England verhindern könne, nicht nur die Demokraten, sondern auch die Republikaner würden eine große Erleichterung empfinden, wenn diese unheimliche Frage nach vor Beginn der Kampagne für die Präsidentenwahl aus der Welt geschafft werden könne, damit der Wahlkampf auf der Basis rein innerpolitischer Fragen ausgetragen werden könne.

Der nachhaltige Eindruck der österreichischen Note zur Versenkung des „Dubrovnik“ in Nordamerika.

W. T.-B. New York, 21. Mai. Die österreichische Note über die Versenkung des Dampfers „Dubrovnik“ hat hier große Beachtung gefunden. Telegramme des Hearst'schen internationalen Nachrichtenbureaus aus Washington besagen, daß, wenn die Forderung überzeugend sind, das Staatsdepartement gestungen sein wird, bei der Regierung der Alliierten, die dieses Verbrechens beschuldigt wird, energischen Protest einzulegen, und daß über die Befragungen, die den Tauchbootkommandanten der Alliierten erteilt wurden, Erhebungen angestellt werden würden. Das Staatsdepartement konnte sich nicht verhehlen, daß, falls es sich herausstellen sollte, daß die Flottenbefehlshaber der Alliierten sich einer Handlungsweise schuldig gemacht hätten, für die die Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen drohten, der Fall besonders schwer liegen würde. Die Regierungen der Alliierten hätten Amerika keine Abschriften ihrer Befragungen an die Tauchbootkommandanten geliefert. — „Evening Post“ schreibt: Die österreichische Note an die neutralen Mächte über die Versenkung des Dampfers „Dubrovnik“ macht so bestimmte und genau umschriebene Angaben, daß eine schnelle Mitteilung der Darstellung des Falles von Seiten der Alliierten gebieterisch erforderlich erscheint. Denn wenn ein italienisches, britisches oder französisches Tauchboot des Verbrechens schuldig wäre, dessen sie angeklagt seien, so hätte gerade unsere eigene Regierung das ernsteste Interesse an der Angelegenheit. Die amerikanische öffentliche Meinung wird sich ebenfalls nicht damit begnügen, daß man leicht über den Vorfall hinweggleiten sucht. Wenn die Tatsachen die österreichische Anklage unterstützen, so möge die Regierung, die für das Verbrechen verantwortlich ist, den Beweis erbringen, daß die alliierten Mächte aufrichtig gewesen sind, als sie die Deutschen eines gleichen Verbrechens bezichtigten.

Die Stellung der Union zum „Appam“-Fall.

W. T.-B. Amsterdam, 21. Mai. Ein hiesiges Blatt zufolge erzählt die „Times“ aus New York, das Staatsdepartement habe

eine Note veröffentlicht, die am 2. März dem Grafen Bernstorff übermittelt wurde. Es wird darin den Deutschen die Verantwortung abgesprochen, für den englischen Dampfer „Appam“ dauernde Seestreitkräfte in amerikanischen Häfen zu verlangen. Die Note weist darauf hin, daß Artikel 18 des amerikanisch-preussischen Vertrages von 1795 in diesem Falle nicht in Betracht komme, und daß den Erben der „Appam“ nicht mehr als die gewöhnliche Erleichterung zugestanden werden könne. Das Schiff einer kriegsführenden Macht dürfe einen neutralen Hafen nur aus Notwehr wegen Mangel an Brennstoff und wegen der Notwendigkeit von Reparaturen anlaufen und müsse, sobald diese Ursachen nicht mehr bestehen, wieder auslaufen. Die Note fügt hinzu, daß das Gericht in Übereinstimmung mit den amerikanischen Gesetzen über das Los des Schiffes entscheiden müsse. Das Staatsdepartement weigert sich, dem Ersuchen Bernstorffs um die Internierung der Mannschaft der „Appam“, da das Schiff bei seiner Beschlagnahme Widerstand geleistet habe, Folge zu geben. Auch die Militärpersonen unter den Passagieren können nach Ansicht des Staatsdepartements nicht interniert werden. Sie kehren bereits nach England zurück.

Die staatliche Handelsflotte und die zukünftige Seeresstärke in der Union.

W. T.-B. Washington, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Drahtbericht. Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat die Schiffsahrtbill zur Begründung einer staatlichen Handelsflotte für den Verkehr mit dem Ausland angenommen. Die Bill hat den Senat noch nicht passiert. Das Repräsentantenhaus hat auch den Bericht der Konferenz beider Häuser über die Armeeborlage angenommen, durch die die reguläre Armee auf 210 000 Mann gebracht wird, und mit den Streitkräften der Einzelstaaten, die zu Bundeskriegsdiensten verpflichtet sind und vom Repräsentantenhaus aufgerufen werden können, die gesamte Höchststärke der Armee auf 680 000 Mann gebracht wird. Diese zweite Bill hat den Senat bereits passiert.

Die deutsch-norwegischen Verhandlungen zum Untergang norwegischer Schiffe im Kanal.

W. T.-B. Christiania, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Drahtbericht.) In Beantwortung des Schrittes der norwegischen Gesandtschaft in Berlin wegen des Verlustes der norwegischen Schiffe „Baus“, „Rannil“ und „Silms“ hat das deutsche Auswärtige Amt der Gesandtschaft folgende Note zu gestellt:

Auf die in dem französischen Kriegshafen Le Havre liegenden Kriegsschiffe und Hilfsschiffe, die den mit Deutschland kriegführenden Mächten gehören, sind mehrmals von deutschen U-Booten Angriffe gerichtet worden. Deutsche Streitkräfte hatten die Aufgabe, durch Minen die Verbindung mit diesem Kriegshafen zu sperren. Den deutschen Behörden war es nicht möglich, ins Meer zu bringen, ob die genannten Schiffe infolge dieser Maßregel versenkt worden sind. Aber selbst, wenn neutrale Schiffe, die sich in einem französischen Kriegshafen befinden, durch derartige Maßnahmen geschädigt sein sollten, würde man daraus keine Ansprüche gegen das Deutsche Reich herleiten können, da dieser Schaden als eine unmittelbare Folge einer berechtigten militärischen Kriegshandlung erscheinen würde, deshalb also als eine unabwendbar notwendige Folge des Krieges erduldet werden müßte.

Die norwegische Gesandtschaft erwiderte im Auftrag des norwegischen Ministers des Auswärtigen:

Die norwegische Regierung glaubt nicht, die deutsche Regierung verantwortlich machen zu dürfen für den Schaden, welcher norwegischen Schiffen zugefügt wurde als unmittelbare Folge einer berechtigten militärischen Kriegshandlung, sei es, daß diese in einem deutschen U-Bootenangriff auf die Seestreitkräfte des Gegners oder in Auslegung von mit den Völkerrichtsmaßregeln übereinstimmenden Minen bestünde. Aber die norwegische Regierung behält sich vor, ihre und ihrer Staatsangehörigen Rechte geltend zu machen, wenn es sich zeigen sollte, daß die genannten Schiffe durch einen direkten Angriff deutscher Seestreitkräfte vernichtet wurden, welche sie trotz der sichtbaren Neutralitätsabzeichen für feindliche hielten. Die norwegische Regierung bittet deshalb die deutsche Regierung um Mitteilung, sofern weitere Auskünfte über den Verlust der drei Schiffe eingeholt werden könnten.

Der Reichskanzler beim Kaiser.

W. T.-B. Berlin, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Der Kaiser hat gestern nachmittag 6 Uhr den Reichskanzler zu einem längeren Vortrag empfangen.

Die Vertreter der Parteien beim Reichskanzler.

W. T.-B. Berlin, 21. Mai. (Nichtamtlich.) Drahtbericht.) Der Reichskanzler hat heute die Führer der Reichstagsparteien zu einer vertraulichen Besprechung empfangen.

Das weitere Gehen über die neuen Männer im Reichsamt des Innern und Reichsschatzamt.

L. Berlin, 21. Mai. (Eig. Meldung. Jenz. Bl.) Die Berliner Morgenpresse bezeichnet einstimmig die Ernennung des Staatssekretärs Dr. Helfferich zum Staatssekretär des Reichsamts des Innern als feststehend. Als Lebensmitteldiktator nennen neuerdings das „Berliner Tageblatt“ und die „Morgenpost“ den Oberpräsidenten von Ostpreußen, v. Batochi, an erster Stelle — obwohl er selbst bekanntlich vor einigen Tagen seine Berufung auf diesen Posten abgelehnt —, während die „Berliner Zeitung“ seine Berufung als nicht feststehend bezeichnet und auf den Staatssekretär von Elsh-Lothringen, Graf Rüdern, verweist. Weiter wird von der „Morgenpost“ der Regierungspräsident von Oppeln, Dr. Ferght, genannt. Als Nachfolger Helfferichs tritt der Name des Staatssekretärs von Elsh-Lothringen, Graf Rüdern, in den Vordergrund. Die Verordnung, betr. die Schaffung der neuen Zentralstelle, trägt der „Morgenpost“ zufolge den Titel: „Verordnung zur Schaffung einer Reichsstelle zur Sicherung der Volksernährung.“ Sie stammt noch von Delbrück her und umfaßt fünf kurze Paragraphen. Als erster Vertreter im neuen Reichsamt soll der Unterstaatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium, Hr. Friedrich v. Falkenhausen, der frühere Regierungspräsident von Potsdam, ein Sohn des Generalobersten, und als zweiter Stellvertreter der Chef des Reichseisenbahnbauwesens, Generalmajor v. Gröner, in Aussicht genommen sein. Die „Germania“ nennt auch als Unterstaatssekretär Ministerialdirektor v. Braun.